







Humanität gemeldete Abicht der Regierung, die Affären  
Lustigkeit und Gemüth mit dem Cailleur-Prozess zu ver-  
schlingen. Wie es scheint, besaprat der Untersuchungs-  
richter Comby und Bouillot hüten in der Schwere für Cail-  
leur operirend, und er möchte auf Grund dieser Besap-  
rung die drei Affären zur Befragung Cailleur zusammen-  
legen. Der „Populaire“ erklärt, man gewinne mehr und  
mehr den Eindruck, daß die Angelegenheit Lustloos-Comby  
überhaupt nur geschaffen worden sei, um Cailleur hineinzu-  
legen.

Geißler, der frühere Direktor des Hotel „Moria“, der im  
Konzentrationslager von Pont Main, Departement  
Mayenne, interniert ist, wird, wie das „Journal“ mel-  
det, auf Antrag des zweiten Kaiser-Kriegsgerichts nach Paris  
überführt werden, um vom Untersuchungsrichter über eine  
Angelegenheit wegen „Handels mit dem Feinde“ vernommen  
zu werden. Das Blatt teilt nicht mit, um welche Angelegen-  
heit es sich handelt, doch ist anzunehmen, daß Geißler nur als  
Zeuge vernommen werden soll, da hier die Art des Deliktes  
„Handel mit dem Feinde“ nur für einen Franzosen in Be-  
tracht kommen kann.

## Halle und Umgegend.

Salle den 17. September 1918.

### Stadterordneten-Sitzung.

Die Ansprache über den Beschluß des Magistrats, nach  
welchem dieser einer

**Erhöhung des Tarifs für Arbeitermoderkarten**

nicht beigetreten ist und die Stadterordneten-Versammlung  
erlaubt, diesem Beschlusse zuzustimmen, wird fortgesetzt.

Stv. Cröbel: So wie der Herr Bürgermeister meint,  
ist wohl die Sache vor Herrn Spröte nicht verhandelt worden.  
Der Arbeiter soll auch nach Feierabend Gelegenheit  
haben, schnell nach Hause zu kommen. Die jetzigen Er-  
nährungs-schwierigkeiten zwingen den Arbeiter, zu Sauf-  
warme Überdrot zu essen, weil er sich kein Brot mit-  
nehmen kann, und darum muß er bald nach Hause kommen.

Früh- und Abendrouten sollen auch weitergehen, und nur  
für Arbeiter, die doch früh fahren, wären Frühfahrten einzu-  
führen. An Bezug auf die Schülerkarten kann Meberer es  
nicht verstehen, daß man die Arbeiterkarte nicht auf die gleiche  
Stufe stellen will, ob zwar die Arbeiter gezwungen sind, zu  
bestimmter Zeit an ihrer Arbeitstätte zu erscheinen, um  
das Brot für sich und ihre Familie zu verdienen. Es er-  
regt böses Blut, wenn man nicht entgegenkommt. Ich  
würde die Versammlung ersuchen, daß sie ihren Beschluß  
aufrecht erhält, der die Arbeiterkarten mit den Schüler-  
karten gleichstellt. Doch wird dadurch ein Ausfall von  
60 000 Mark haben sollen, glaube ich nicht, ich halte diese  
Summe für viel zu hoch.

Bürgermeister Seyde: Wir arbeiten auf Grund von  
Tatsachen. Auf Grund genauer Berechnung würde tatsäch-  
lich ein Ausfall von 60 000 Mark eintreten. Ich komme sogar  
auf 70-80 000 Mark, bei aller Bereitschaft.

Stv. Kühme glaubt, daß die Summe von 60 000 M.  
hinmilt, das bezugt aber immer mehr, daß der Unterschied  
zwischen Schüler- und Arbeiterkarten ein zu großer ist. Nach  
einer Berechnung des Meberers würden die Fahrten dem Ar-  
beiter um 50 Prozent verteuert, ein Ausweg hier wäre der,  
der in dem Antrag Spröte liegt, daß Morgenkarten für  
10 Pfg. eingeführt werden, dann kann der Arbeiter wählen,  
wie er sich den Rückweg einrichten will, ob er laufen oder  
fahren soll.

Stv. Osterburg: Die Rechnung des Herrn Bürger-  
meisters mag stimmen oder nicht stimmen, aber man ordnet  
das soziale Moment dem finanziellen wieder einmal unter  
und das ist bedauerlich. Ich möchte die Arbeitgeber daran  
erinnern, daß die Arbeitsträfte etwas rar sind, daß man  
also behrnt sein sollte, den Arbeitern das Erreichen der  
Arbeitstätte zu erleichtern. Ich möchte die bürgerlichen  
Stadterordneten bitten, dem Antrag abzuweichen zu-  
stimmen, nämlich die Arbeiterkarten den Schülerkarten  
gleichzustellen. Die sozialen Verhältnisse bedingen eine  
Verbilligung der Preise.

Bürgermeister Seyde: Ich bestritte dem Vorredner, daß  
der Magistrat in seinem Beschlusse unzulässig gehandelt habe.  
Die Magistratsvorlage habe selbst miteinander verbunden,  
indem sie dem Arbeiter sowohl die Hin- wie die Rückfahrt  
zu einem billigeren Preise ermöglicht. Dadurch, daß dem  
Arbeiter 33 Pfg. im Preise nachgelassen werden, habe man  
die Sozialie wie möglich gehandelt. Man werde aber noch über-  
legen, wenn alle technischen Vorbereitungen getroffen wor-  
den sind, wie die Frage der Frühfahrten zu lösen ist. Es  
hätte es nicht für angebracht sein lassen Frühfahrten einzu-  
führen. Man könne noch nicht übersehen wie die Sache sich  
gestalten werde.

Stv. Höpfer hat keine Bedenken gegen die Annahme des  
Antrages auf Einführung der Frühfahrten. Er meint, daß  
der Magistrat dankbar für die Anregung sein könne.

Stv. Arbeiterführer in der bisherigen Weise einzu-  
führen, nur daß hier statt 5 Pfg. künftig 10 Pfg. kosten  
sollen, das würde keinen Ausfall bedingen. Die Leute sollen  
die Freiheit haben, das sie nicht durch die Heimfahrten ge-  
zwungen sind, 80 M. jährlich mehr auszugeben.

Der Antrag der Stv. Kühme und Spröte wird  
angenommen, beschließen der Magistratsrat.

Zur Deduktion des bei der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-  
Auguste-Viktoria-Stiftung im Rechnungsjahre 1917 entstan-  
denen Verlustes werden 270,22 M. aus Kap. 24, 11 des  
Haupthautes für 1918 bewilligt. Berichterstatter Herr Stv.  
Kühme.

### Neubau einer Oberrealschule.

Der Magistrat hat beschloffen, wegen der unzulässigen  
Zustände in dem Betrieb des Lyzeums und der Studienanstalt  
jeweils möglich das schon lange als notwendig anerkannte  
neue Lyzeum einzurichten und zu diesem Zweck eine neue  
Oberrealschule auf dem Gelände am Weinberg nach den Vor-  
entwürfen des Hochbauamts vom 23. September 1916 zu er-  
bauen, das jetzige Oberrealschulgebäude dagegen für das  
zweite Lyzeum zur Verfügung zu stellen. Er ersucht nun die  
Stadterordneten-Versammlung dem vorstehenden Beschluß  
des Magistrats zuzustimmen und für die Ausarbeitung der  
Entwürfe 3000 M. aus der Anleihe 1910 (Anwohner-  
entwöhnung) zu bewilligen. Zur Begründung dieses Antrages  
führt die Vorlage aus: Die Notwendigkeit der Errichtung  
eines zweiten Lyzeums ist wiederholt anerkannt worden und  
bedarf keiner Begründung mehr; die Schülerzahl ist in-  
zwischen auf weit über 900 gewachsen. Was die Wahl des  
Bauplatzes angeht, so muß zwar für eine höhere Schule in

erster Linie das Bedürfnis des Schulbetriebes, jedoch aber  
auch, und das ist nicht minder wichtig, die Entwidlung der  
Stadt berücksichtigt werden. Gerade die höhere Schule ist  
erziehungsmäßig in vielen Städten, wo man diese Be-  
deutung richtig anerkannt hat, in ganz hervorragender Weise  
die Veranlassung zum Aufblühen ganzer Stadtteile gewesen.  
Wenn wir nun hier in Halle nicht gerade einen überflüssig  
freien Gelände in schöner, gesunder Lage haben, so liegt auf  
der einen Seite das Bedürfnis vor, neue Wohnviertel, die  
wirklich ruhig und gesund und in schöner Umgebung liegen,  
zu erschließen, andererseits aber ist es auch zweckmäßig,  
ein solches Wohnviertel dadurch für die Bebauung anziehender  
zu machen, daß eine höhere Schule dort hin gebaut wird, die  
dann den Anbau guter Wohnungen beschleunigt. Aus dieser  
Überlegung heraus hat es der Magistrat für ganz außer-  
ordentlich günstig gehalten, die neue Schule auf dem hüt-  
lichen Grundstück am Weinberg zu errichten, zumal in der  
nächsten Umgebung auch noch ausgedehnter hütlicher Besitz  
vorhanden ist. Hierbei ist auch wesentlich richtig, daß ein  
solcher Platz inmitten der schönsten Umgebung Halles, mit  
einem Schulweg, der durch parkartige Anlagen führt, ge-  
rade für die Jugend ungleich viel gesünder ist, als ein durch  
mehr oder weniger enge und verkehrsreiche Straßen im  
Stadtmitteln führender Weg. Also auch die Schulverwal-  
tung mit ihren Interessen bei der Wahl dieses Platzes in hohem  
Maße berücksichtigt.

Zugegeben muß jedoch werden, daß der Errichtung einer  
Mädchenschule, in der schon Kinder von sechs Jahren  
aufgenommen werden, gewisse Bedenken wegen des teilweise  
durch unbebaute Teile der Stadt führenden Schulweges nicht  
ganz unbegründet sind. Aus diesem Grunde hat sich der  
Magistrat entgegen seiner früheren Absicht, auf dem Wein-  
berggelände ein Lyzeumgebäude zu errichten, entschlossen,  
das neue Lyzeum in die jetzige Oberrealschule zu legen und  
für die Oberrealschule ein neues Gebäude auf dem Weinberg  
zu errichten. Damit wird dem ebenfalls berechtigten Wunsch  
derer entgegen, die das neue Lyzeum im nördlichen Stadt-  
teile errichten sehen möchten, weil dann gleichmäßig für den  
Süden, die Stadtmitte und den Norden gesorgt wird. Die  
neue Oberrealschule, als einzige Schule ihrer Art, liegt wie-  
derum auf dem Weinberggelände nach der Nordrichtung  
anändernd in der Mitte. Die Bedenken wegen des Schul-  
weges fallen bei einer Mädchenschule an sich, weil es sich  
hier bei den kleinsten Schülern doch um 9-10jährige handelt,  
nicht ins Gewicht.

Die Kosten der neuen Schule werden sich unter Annahme  
der früheren Friedenspreise, die für einen Vergleich mit den  
Kosten ähnlicher Schulen herangezogen werden müssen, und  
bei einem Einheitspreise, der noch höher ist als der der jetzigen  
Oberrealschule (17,50 M. gegen 17,27 M.), auf etwa 480 000  
Mark stellen, während die jetzige Oberrealschule 515 682 M.  
gefordert hat. Der Unterschied erklärt sich trotz Annahme der  
gleichen Räume und Raumgrößen aus der sparsameren  
Grundrissinteilung. Der Vorkauf gewährt also  
eine sparsame Ausführung, wenn auch natürlich mit dem  
früheren Preis nicht mehr zu rechnen sein wird. Der Nach-  
weis der wirklichen Kosten kann jedoch jetzt bei der Unsicher-  
heit der Entwidlung nicht erbracht werden und muß der ge-  
nauen Veranschlagung vorbehalten werden.

Der Berichterstatter für den Bauauschuß Herr Stv.  
Cröbel hat bemerkt, daß der Bauauschuß den Wein-  
bergplatz für den Bau der Schule einstimmig abgelehnt  
habe. Diese Vorlage habe eine ganze Reihe von Vorber-  
echnungen, sechs Abteilungen und Bauauschuß-  
haben sich seit 1912 in dieser Sitzung und Bauauschuß-  
den Hauptpunkt der Beratungen bildete, immer mit die  
Kassfrage. Die Baustelle, die unser Mitbürger Kubitz  
unentgeltlich anbot, hat seinen Ankauf gefunden. Es  
sichelte sich heraus, daß der in jener Gegend befindliche  
Baugrund nicht höher genug war. Auf Anregung des Magistrats  
ist ein anderer Platz in Vorlesung gebracht worden: jenseits  
der Saale, angrenzend an das sogenannte Weinberggrund-  
stück, gegenüber der Trennanstraße. Die Bauaus-  
schuß konnte sich mit diesem Gedanken nicht befassen, aus  
vielerlei Gründen nicht. So wurde die Vorlage von einem  
Termin zum anderen verlegt. Der Bauauschuß war haupt-  
sächlich gegen den Vorlesung, weil das Gelände im Über-  
fluvungsbereich liegt. Die meisten Kinder kommen aus  
der Altstadt, haben also bis zum Weinberg einen weiten Weg.  
Ihre Förderung mit der Straßenbahn wird den Eltern  
viel zu kostspielig, Kleider und Schuhwerk erfordern be-  
deutend höhere Aufwände. Außerdem ist die Frage der  
Straßenbahnverbindung noch gar nicht geklärt. Das sind  
die Gründe, die den Bauauschuß veranlaßt haben, die  
Vorlage einstimmig abzulehnen. Der Redner besaprat nun den  
Bauplatz selbst und seine Ausführung, worüber schon wieder-  
holt gesprochen worden ist. Wenn heute ein Kassenantrag  
für den Bau gemacht würde unter Zugrundelegung der  
Heute, wie sie sich jetzt gestalten, so würde wohl eine Million  
herauskommen.

Herr Stv. Studententrat G. G. begründet die zum im-  
mense Stellung des Hausbaus auszuführen. Die  
Frage, um die es sich hier handelt, geht über das Gebiet hinaus,  
das der Bauauschuß bearbeitet. Es ist notwendig, daß die  
Erfordernisse des Baues noch einmal nachgewiesen werden.  
Das Lyzeum in seinem jetzigen Zustande ist nicht mehr aus-  
reichend. Das alte Gebäude, das in seiner Weise mehr den  
Erfordernissen genügt, die man an ein Schulhaus stellen  
kann, heißt 700 Kinder. Die Klassen nach dem Weidenplan  
hinaus werden durch den gegenüberliegenden hohen Bau  
ganz erheblich in ihren Lichtverhältnissen beeinträchtigt. Nun  
beziehen das Lyzeum aber jetzt nahe an 1000 Schülerinnen  
und zum 1. Oktober werden es über 1000 sein; die Zahl der  
Schülerinnen nimmt jährlich um rund 60 zu. Für diese muß  
doch Unterkunft geschaffen werden. Wir müssen uns also  
nach einem geeigneten Bauplatz umsehen. Wir müssen den  
Schulbau aus dem zu kleinen Halle nach einem Platz brin-  
gen, der hierfür ausreicht. Wir sind auf die Klausberge ge-  
kommen, auch auf den Krüdenberg, aber alle diese Plätze  
waren nicht zweckmäßig. Da hat man denn nun den Wein-  
berg ins Auge gefaßt. Siebenmal wurde über ihn be-  
schlossen, jedochmal wurde er angenommen und nur einmal  
abgelehnt. Wir stehen vor einer Frage, die unsere ganze  
Zukunft angeht. Alle neuen Gedanken werden zuerst Be-  
schränkungen und Mitzitonen, man kann sich immer von den alten Vorstellungen  
trennen. Die Schule wird für uns eine Trennungslinie.  
Was rechts von der Saale liegt, ist Halle, was links liegt  
gehört nicht mehr zu uns, so ist die Auffassung in Halle. Die  
Magistratsvorlage ist ein weiterer Schritt in

Verfolgung eines großzügigen Planes.

den die Bevölkerung bereits ohne großes Zögern mitgemacht  
hat. Es sei an die Prachtstraße erinnert, an die Bestände

zung der Prachtstraße usw. Alles deutet darauf hin, daß die  
Stadt einen bestimmten Zweck damit verfolgt. Und das ist  
der, daß dieses Gelände der Bebauung erschlossen wird. Es  
ist notwendig neben der Enge unserer Häuser auch die weite  
Bebauung zu pflegen. Wenn man ein neues Viertel bebauen  
will, so muß man dafür sorgen, daß die Gänge auch in Schöpfung  
kommen. Was dieses Mittel hierfür hat, ist die Errichtung von  
großen öffentlichen Bauten, namentlich von Schulen zu  
wählen. Solche Gedanken haben auch den Magistrat ge-  
leitet, als er sich entschloß, die Schule auf dem Weinberg zu  
bauen. Es sollte das Lyzeum dort errichtet werden, aber  
wir leben in einer weichenigen Zeit, in der man den Kin-  
dern Stagen nicht zumuten möchte und da kam man von  
diesem Plane ab. Nun entstand der Gedanke, daß die Ober-  
realschule dorthin verlegt und die Mädchenschule in die  
Oberrealschule hineingebracht werden sollte.

Die Stadt hat aber jüdische höhere Schulen. Zwei  
dieser Schulen sind praktischer Weise in ehemals unbebau-  
baren Gegenden errichtet worden. Nach und nach istlich sind auch  
sie durch Bebauung in die Enge der Stadt hineingekommen.  
Das sind das Stadthagen und die Oberrealschule. Aber  
beim Lyzeum und ebenso beim Reformrealgymnasium hat  
man nicht darauf Rücksicht genommen. Diese Schulen wä-  
ren zwischen die Häuser hineingebaut und so wird ihnen doch  
Licht und Luft nicht in solcher Weise zugführt, wie es not-  
wendig ist. Wenn man eine Schule anlegen will, so muß  
das innere Bedürfnis der Schule maßgebend sein. Es muß  
genug genug Gelände vorhanden sein, um die Schule genügend  
genug zu bebauen, und es muß genügend Licht und Luft  
vorhanden sein.

Der Redner ging nun auf die Agitation gegen die Er-  
richtung der Oberrealschule auf dem Weinberge ein, durch die  
in der Bürgererschaft eine gewisse Mißstimmung

erregt worden sei. Diese Agitation geht aber von irrtüm-  
lichen Voraussetzungen aus. Es wird geltend gemacht,  
die Schule liegt zu weit ab. Der Hallenser ist eben weit Straßen  
nicht gewöhnt. In anderen Städten nehmen man mit ganz  
anderen Anforderungen. Weiter wird eingewendet, es würde  
keine höhere Bebauung der Gegend erfolgen, auch wenn  
ein Schulbau dort errichtet würde. Gegen diesen Einwand  
sprechen aber die Erfahrungen anderer Städte. Dann führt  
man nachteilige Witterungseinflüsse und die Höhenlage gegen  
die Bebauung ins Feld. Aber alle diese Gründe können man  
nicht für maßgebend ansehen. Es besteht aus keine Gefahr,  
daß wir nicht die Straßenbahn hineintreiben sollten. Die  
Bauten einer Stadtgemeinde sollen etwas mehr bedeuten als  
eine Gelegenheitsarbeit. Wir können die Schule hinbauen  
auf eine Stelle, wo der Baukosten die Möglichkeit hat, gleich  
den Baukosten des Mittelalters eine Anstalt zu schaffen.  
Die Schule am Weinberge soll ein beherrschender Punkt in  
der Gegend werden. Geben wir den Gebanten auf, dort eine  
Schule zu errichten, so geben wir es aus der Hand, die Sache  
der Stadt Halle in einer bedeutenden Weise zu fördern.

Überwachen Sie die naturgemäße Schen vor dem Neuen  
und legen Sie die weitere Entwidlung der Stadt ver-  
trauensvoll in die Hände, in denen sie jetzt liegt. Es handelt  
sich heute nicht um den Kassenplan, sondern um den Bau-  
platz, und nicht nur um diesen, sondern eigentlich um unsere  
ganze Stadtentwicklung.

Herr Stv. Schulze beantragt die Zurückstellung der  
Vorlage um drei Monate.

Herr Stv. Geheimer Sanitätsrat Dr. Herzau bittet  
um Ablehnung dieses Vortragsantrages. Die Vorlage ist  
auch in gesundheitlicher Beziehung so tief einschneidend für  
die Stadt, die die Schule zu bebauen haben, daß sie nicht unnötig  
weiter hinausgeschoben werden sollte.

Herr stellvertretender Vorsteher Justizrat Dr. Föhring  
beantragt, damit die Sache nicht über den Kassenplan hinaus  
und weitere Erwägungen vorgenommen werden können, eine  
zweite Lesung.

Herr Stv. Maschewski schlägt für diesen Antrag  
an. Die Überleitung des Lyzeums bedinge fürs erste einen  
Interimsbau.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rine entgegnet, daß die  
Sache nicht über den Kassenplan hinaus gehen sollte. Die Stadt wäre  
nicht in der Lage, jetzt einen Interimsbau zu errichten, was  
es ihr nicht einmal möglich ist, Wohnungsgelände zu be-  
schaffen. Gegen die Wahl der Gegend dürfte doch nichts  
Zwingendes einzuwenden sein. Der Beschluß dürfte niemals  
so weit hinausgeschoben werden, daß man etwa lange fenne,  
er sollte wohl auf den Zimmermeisterstagen verhandelt  
werden.

Stv. Schulze wendet gegen die Beibehaltung nach  
den früheren Beschluß der heutigen Sitzung ein, welchen Ein-  
wand aber Herr Oberbürgermeister Dr. Rine nicht gelten  
läßt. Der Schulische Antrag auf Vertagung wird mit 19  
gegen 17 Stimmen abgelehnt, dagegen wird der Antrag des  
Herrn Dr. Föhring auf eine zweite Lesung angenommen.

Herr Stv. W. E. begründet seine abweichende Hal-  
tung von dem Beschlusse des Hausauschusses. Über  
den Bau eines Lyzeums ist man sich durchaus einig. Der  
Gedanke, die Schule nach dem Weinberge zu verlegen, ist  
genau ein großzügiger. Aber es ist doch richtig, in diesem  
Gebiete trennt uns der Fluß mit seinem Überfluvungsbereich.  
Dazu kommt noch, daß viel vom Mittelland an  
die Rede ist; er hoffe, daß Halle dabei interessiert wird  
und daß dann die Saale für größere Schiffe bis zu 1000 Tonnen  
schiffbar verbreitert werden wird. Allein dieser Umstand ist  
von Einfluß für die Bebauung in dortiger Gegend. Wir  
geben uns dort auf ein Gebiet, wo die Straßen nicht aus-  
gebaut sind, wo nicht kanalisiert ist, wo sich keine Wasser-  
leitung und kein elektrisches Licht befindet. Es würde ein  
Millionen betragen. Er, der Redner, ist also ein Gegner  
der Weinbergstraße.

Herr Stadtbaurat J. P. hat nun nach davon ausgehen,  
daß wir den Bauplatz deshalb gewählt haben, weil wir in  
der Lage sind,

einen Schulbau zu errichten, wie es in gesundheitlicher  
und hütlicher Beziehung notwendig ist.

Alle die Plätze, die im Laufe der Jahre für das Lyzeum aber  
die Oberrealschule vorgesehen wurden, tranken daran, daß  
sie in einer Gegend lag befinden, die nicht mehr jenen An-  
forderungen entspricht. Auch der Bauauschuß hat unter  
den ins Auge gefaßten Plätzen keinen als geeignet gehalten.  
Das neue Wohngebiet liegt dem Bau von Schulen  
auf freiem Gelände vor. Es wird also dort gefel-  
licht verlangt, was wir Ihnen seit Jahren vorgeschlagen  
haben. Und was die Kostenfrage angeht, so wird allent-  
halten gepart werden. Man braucht keine Doppelcenter  
um. Aus hütlichen Gründen kann nur empfohlen werden,  
den Schulbau am Weinberge zu errichten.

(Schluß in der nächsten Sitzung.)

